

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4500. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13003. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 10/21 — Telefon 4500

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorrückung 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M.; Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

### Kriegsschluß zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten.

Berlin, 22. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Schon vor einigen Tagen hat der Reichskanzler mit den Vertretern der verschiedenen Parteien vertrauliche Besprechungen gehabt, um mit ihnen über die Grundlage des jetzt mit Amerika abzuschließenden Friedensvertrages zu sprechen. Die Regierung hat die Hoffnung, daß der Vertrag vom Plenum des Reichstages mit wohlwollender Neutralität behandelt wird. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages soll nicht besonders einberufen werden, sondern nach den Verhandlungen mit den Vertretern der Parteien wird der Entwurf der Regierung direkt dem Plenum des Reichstages vorgelegt werden, sobald aus Washington die bestimmte Zustimmung eingetroffen sein wird. Die Hinausschiebung des Reichstagsbeginns ist nicht wegen der Steuergeetze, sondern wegen der noch schwebenden Verhandlungen mit Amerika erfolgt. Zur genauen Orientierung der Parteien über alle wirtschaftlichen Einzelheiten des Sonderfriedens mit Amerika hatte der Reichskanzler zu den Besprechungen namhafte Wirtschaftspolitiker und bedeutende Persönlichkeiten aus Industrie und Handel hinzugezogen. Die Regierung nimmt an, daß der Reichstag sich schon deshalb neutral verhalten wird, weil in dem Vertrage die Frage der Schuld am Kriege nicht berührt werden soll. In dem Handelsvertrag, der sich dem Sonderfrieden anschließen soll, wird auch die Frage der in Amerika beschlagnahmten deutschen Guthaben geregelt werden. Es ist anzunehmen, daß diese Guthaben für Reparationszahlungen nutzbar gemacht werden können. Die Höhe dieser deutschen Guthaben in Amerika wird auf 2 Milliarden Goldmark geschätzt. Voraussichtlich werden von Deutschland und Amerika zunächst die Geschäftsträger mit besonderen Vollmachten bei den beiderseitigen Regierungen ernannt. Gleichzeitig werden Handelskommissionen die Vorbereitung und Ausführung des Handelsvertrages in die Bahn stellen.

Wie der Berliner Volksanzeiger dazu hört, sind Bemühungen im Gange, um den Generaldirektor der Hapag, Cuno, zu bewegen, den deutschen Vorkapitalposten in Washington zu übernehmen. Direktor Cuno erfreut sich in den Vereinigten Staaten eines großen Ansehens, dem es auch zu danken ist, daß die von ihm geleiteten Verhandlungen zwischen der Hapag und dem Harriman-Konglomerat günstig zum Abschluß gelangten. Der bisherige Geschäftsträger Drefel dürfte wohl durch eine andere Persönlichkeit ersetzt werden, da Drefel noch zu dem Regim Wilson gehört.

London, 20. August. Daily Telegraph meldet aus Washington: In politischen Kreisen ist man allgemein der Ansicht, daß die Verhandlungen mit Berlin sich nicht auf der Grundlage eines Sonderfriedens, sondern auf der eines Handelsvertrages bewegen. Die Friedensverhandlungen würden später stattfinden. Das Handelsabkommen werde nur eine vorübergehende Maßnahme sein, während der die Konsuln zeitweilige Vollmachten erhalten. Die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern würden wieder aufgenommen werden, mit der Herstellung diplomatischer Beziehungen werde man jedoch bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages warten. Es werde nicht notwendig sein, ein derartiges Handelsabkommen dem Senat zu unterbreiten.

### Rundgebung für die Einheitsrepublik in München.

München, 22. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Republikanische Reichsbund veranstaltete am Sonntag zur Feier der Reichsverfassung ein von mehreren tausend Personen besuchtes Festbankett im Münchner Kindlseller. Nebenher zur heutigen bayerischen Regierung in Opposition stehenden Gruppen hielten Ansprachen, in der sie sich zur deutschen Einheitsrepublik bekamen und die Pflege dieses Gedankens propagierten. Am Sonntagvormittag fand eine große Kundgebung in der Arena des Ausstellungsparkes statt, die von 8 bis 10 000 Personen besucht war, und in der Bundessekretär Schmanik neben Rednern anderer Parteien sprach. Der geplanter Umzug durch die Stadt zum Friedensdenkmal mußte wegen des Polizeiverbotes unterbleiben.

### Völkerbundsrat und Oberschlesien.

Genf, 21. August. Das Antwortschreiben, das Bicomte Tschili am 19. d. M. an den Ministerpräsidenten Briand richtete, lautet in seinem wesentlichen Teile:

Herr Präsident! Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 12. August zu bestätigen, der mich davon in Kenntnis setzt, daß folgende Entscheidung vom Obersten Rat angenommen worden ist:

(Folgt die Entscheidung.)  
Obwohl es mir noch nicht möglich gewesen ist, meine Kollegen vom Rat über die Frage zu befragen, ob sie bereit wären, die in dieser Resolution enthaltene Einladung anzunehmen, habe ich die feste Überzeugung, daß sie sich im Einklang mit dem Wortlaut und dem Geist des Völkerbundsstatutes bereit erklären werden, diese Aufgabe zu übernehmen. Diese Überzeugung wird noch verstärkt durch die Tatsache, daß der Oberste Rat seine Absicht bekräftigt hat, alles zu tun, was in seiner Macht ist, damit in Oberschlesien nicht Unruhe entsteht und die Beratungen des Völkerbundsrates hindert.

Aus der Diskussion, die dieserhalb vor dem Obersten Rat stattgefunden hat, habe ich ersehen, daß diese Angelegenheit der Prüfung des Völkerbundsrates ohne Vorbehalt und ohne Einschränkung übergeben worden ist, und daß der Völkerbundsrat insoweit alle Freiheit hat, die Angelegenheit zu behandeln, wie er es für am wirksamsten halten wird.

Ich bin sicher, daß während der Beratungen des Völkerbundsrates alle im Obersten Rat vertretenen Regierungen von jedem Akt Abstand nehmen werden, der diese Freiheit beschränkt, oder einer unparteilichen Prüfung dieser Angelegenheit durch den Völkerbundsrat schaden könnte. Unter dieser Voraussetzung hoffe ich sehr, daß der Völkerbundsrat nicht nur die in der Entscheidung des Obersten Rates enthaltene Einladung annehmen wird, sondern, daß er auch in kurzer Frist eine Empfehlung, die von allen Mitgliedern des Rates einstimmig angenommen worden ist, wird vorlegen können.

### Die politische Regierung mahnt zur Ruhe.

Paris, 21. August. Wie Havas aus Warschau meldet, hat die politische Regierung in einer öffentlichen Erklärung bekanntgegeben, daß sie alle Anstrengungen machen werde, um die Vertagung der Sitzung der obersteinsten Frage so kurz als möglich zu gestalten. Sie sei von der Notwendigkeit, vollständige Ruhe zu bewahren, überzeugt und fordere die Bevölkerung auf, die Geduld, Kaltblütigkeit und Geistgegenwart zu bewahren, die sie bisher (?) gezeigt habe.

### Die Frage der Truppenverfärkung.

London, 20. August. Wie Reuters erfährt, werden in England Vorbereitungen getroffen, zwei Bataillone nach Oberschlesien zu schicken, wie es auch Italien und Frankreich tun.

Paris, 21. August. Wie Petit Parisien meldet, ist die Nachricht, daß Frankreich eine Brigade nach Oberschlesien schicken werde, unrichtig. Frankreich, England und Italien würden je zwei Bataillone entsenden. Nur für den Fall, daß die Ausreiterhaltung der Ordnung es notwendig mache, würden die französischen Verstärkungen vermehrt werden. Bisher sei der Zeitpunkt für die Entsendung der Verstärkungen noch nicht festgelegt.

### Keine Aenderung in der Besetzung.

DA. Weitzen, 20. August. Das englische Truppenkommando in Weitzen hat neue französische Besetzungspläne mit der Begründung abgelehnt, daß eine Aenderung in der Besetzung des Abstimmungsgebietes so kurz vor der endgültigen Entscheidung nur im höchsten Grad gefährlich wirken könne. Andererseits müsse aber auch England einen Teil des Gebietes besetzt halten, über das man sich nicht einig sein könne. Die englischen Truppen seien auch in ihrer jetzigen Gruppierung jederzeit in der Lage, einem deutschen Ueberfall erfolgreich begegnen zu können.

### Die Kontrollkommissionen der Alliierten.

Berlin, 22. August. (L. V.) Der Berliner Korrespondent des New York Herald bestätigt, daß mit der Rückkehr des Generals Nollet aus Paris von den interalliierten Militärkontrollkommissionen die Aussicht über die Entwaffnung Deutschlands sorgfester wird. Man erklärt, daß die Kontrolle der Abrüstung nur eine zeitweilige Maßnahme sein könne, während eine künftige Kontrolle der deutschen Industrie die vorzüglichste Methode wäre, um sich gegen eine Erneuerung der deutschen Rüstungen zu schützen.

Mehrfach war berichtet worden, daß sich der französische Finanzminister Doumer mit Militärtrutzgedanken trage, weil Briand mit seiner Verhandlungsweise auf der Konferenz der Finanzminister nicht einverstanden gewesen sei. Jetzt erklärt Havas, daß die Nachrichten über den bevorstehenden Rücktritt Doumers unbegründet seien.

### Verhandlungen über deutsche Solzlieferungen.

Frankfurt am Main, 22. August. (L. V.) Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Berlin berichtet wird, konnten die schwebenden Verhandlungen wegen Solzlieferungen an die Entente mit der französischen Regierung wegen der Uebernahme der angeforderten Mengen noch nicht zu einem endgültigen Ergebnis kommen, da trotz des Wiederaufbaues in Nordfrankreich infolge Ueberfüllung der Lager der Holzindustrie mit schwedischen und finnischen Waren der Bedarf gering ist, so daß für dieses Jahr mit einer nennenswerten Bewertung der Solzlieferungen an die Entente nicht zu rechnen ist.

### Parlamentsneuwahlen in England.

Paris, 21. August. Echo de Paris meldet aus London, das Gerücht nehme immer greifbarere Gestalt an, daß die englische Regierung wegen der irischen Frage, wie auch immer die Verhandlungen darüber ausgehen würden, an das Land appellieren und zu Neuwahlen schreiten würde.

### Arbeiter gegen die Hakenkreuzler.

Magdeburg, 21. August. (L. V.) Als der Verein „Stahlhelm“ in Groß-Salze bei Schöndorf an der Elbe heute seine Fahrtenweise begehen wollte, zu der viele auswärtige Ortsgruppen und Militärvereine erschienen waren, brang ein großer Demonstrationzug mit roten Fahnen und Propagandaschildern in das Festlokal, zerstückerte das Inventar und rief die schwarz-weiß-rotten Fahnen herunter. Als man den Eindringlingen den Eintritt verweigern wollte, fielen Schüsse, wobei eine Frau schwer und mehrere Personen leicht verletzt wurden. Von welcher Seite die Schüsse fielen, konnte nicht festgestellt werden. Auf der Straße eilten die Demonstranten die Girlanden herunter und zwangen die Einwohner, die schwarz-weiß-rotten Fahnen einzujagen. Berittener Polizei gelang es, die Ordnung wiederherzustellen.

### Die Verwirrte Kommunistische Partei.

II.

Auf dem kommunistischen Kongress in Moskau ist nach der kommunistischen Presse in der deutschen Frage ein einstimmiger Beschluß gefaßt worden. Da dieser Beschluß die Preisgabe Paul Lewis vorsieht und jeden mit Achtung bedroht, der mit ihm weiter Gemeinschaft hält, an seiner Zeitschrift mitarbeitet oder seine Anfragen im Reichstage unterstützt usw., so steht der einstimmige Beschluß voraus, daß die Katschun, Neumann und Clara Zeilin, die auf dem Kongress die deutsche Opposition vertraten, entweder sich lässlich unterwerfen und ihren Kampfgenossen Lovi im Stich gelassen haben, oder daß sie sich der Stimme enthalten oder von der Sitzung gedrückt haben. Genaueres weiß man nicht, da die Berichte der kommunistischen Presse in dieser Hinsicht im Stille lassen. Indes hat man aus ihr erfahren, daß in Moskau ein Friedensvertrag mit der Opposition geschlossen worden ist, über dessen Inhalt allerdings für die Nichteingeweihten auch noch ein gewisses Dunkel schwebt. Wie es nun damit auch bestellt sein mag, jedenfalls scheinen die Vertreter der Zentrale ihm nicht allzuviel zu vertrauen. Wie haben schon kurz von der Zentralauswahlsitzung der Kommunisten in Berlin berichtet und über den Kommentator, den die offizielle Presse der Zentrale zu seinem Ergebnis geliefert hat. Er zeigt, daß die Zentrale der Opposition trotz ihrer formellen Unterwerfungserklärung durchaus nicht traut. Und damit wird sie recht haben, denn der Wortlaut dieser Erklärung der Frau Geyer usw. ist so auf Schrauben gestellt, daß sich aus ihm die widersprechendsten Folgerungen ziehen lassen. Diese Erklärung enthält nichts weiter als die Verpflichtung, die Beschlüsse des Moskauer Internationalen Kongresses auszuführen. Es kommt nun also darauf an, wie man diese Beschlüsse auslegt. Und da diese Beschlüsse in der Frage der Märzaktion derart verkäuflich und zweispaltig beschaffen sind, daß ein jeder das daraus entnehmen kann, was ihm beliebt, so belagt diese Erklärung der Leuten im Grunde genommen sehr wenig. Sie behaupten ja, daß diese Beschlüsse von Moskau ihnen, ihrer Kritik an der Märzaktion Recht geben, und sie haben, wie wir schon im ersten Artikel gesehen haben, nicht unrecht damit. Freilich ist die Moskauer Resolution wiederum in eine Reihe von Vorbehalten gewickelt, die den Eindruck einer Desavouierung der Zentrale möglichst verschleiern sollen — die Märzaktion wird trotz allem als ein Fortschritt bezeichnet und die Kritik steht formell erst wegen der Durchsührung der Aktion ein. Aber schließlich ist für den, der lesen kann, doch kein Zweifel, daß die famose Offensivtheorie der Thälheimer und Fröhlich von Moskau statt abgelehnt worden ist. Die Leuten können deshalb von ihrem Standpunkte aus ruhig erklären, daß sie die Beschlüsse des Moskauer Kongresses durchführen wollen; denn das verpflichtet sie nach ihrer Auslegung ja geradezu, ihre Opposition gegen die Zentrale und gegen die „Linke“ fortzuführen. Es gibt nämlich schon eine Linke in dieser verwirrten Partei, eine Gruppe, der die vermittelnde Haltung der Zentrale schon nicht mehr paßt, und die auch zu der Verwerfung der Offensivtheorie lauer steht, eine Gruppe, von der Levi, der es wissen muß, sagt, daß sie sich den Anschauungen der KAPD. bedenklich angenähert hat, also vom Standpunkte der Solz-Taktik nicht sehr weit oder gar nicht mehr entfernt ist. Sie hat auch die Uebernahme Brandlers gefordert, weil die Partei mit seinem Auftreten vor Gericht nicht einverstanden sein könne. Der Antrag ist noch nicht durchgedrungen, aber die Zentrale hat Brandler kläglicherweise nicht gedeckt, „obwohl sie mit Brandlers Verteidigung vor Gericht einverstanden war und es angesichts der vorliegenden Beweismittel nicht abstreiten kann“. (Levi in Unser Weg, Heft 7.)

Die Leuten haben ihre Auffassung über die Moskauer Beschlüsse deutlich in ihrer Forderung zu erkennen gegeben, die sie am Anfang der Zentralauswahlsitzung stellten, daß die Zentrale, weil durch die Beschlüsse von Moskau desavouiert, zurückzutreten habe. Außerdem verlangten sie die Verschlebung des Parteitagcs, damit die Delegiertenwahlen auf die neue Grundlage der Beschlüsse von Moskau gestellt werden könnten, und zur Vorbereitung des Parteitages volle Freiheit der Meinungsäußerung. Was sie gegen die Wahlen zum Parteitags einzusetzen haben, das geht aus einem Artikel unfres Düsseldorf-er Parteiblattes, der Volkszeitung, hervor, worin Genosse Grimpe jun. über die Maßnahmen der Zentrale bei der Wahl der Delegierten in den rheinischen Ortsgruppen allerlei pikante Details enthüllt. So hat man beispielsweise von der Zentrale unter Leitung von Walter Stoeker an die Bezirke und Ortsgruppen brieflich die geheime Anweisung ergehen lassen, keinerlei Versammlungen über den Parteizwist mehr einzuberufen, dagegen die Delegierten auf illegalem Wege durch die Vorstände der Ortsgruppen zu bestimmen. Als hinterher diese Anweisung der Mitgliedschaft in verschiedenen Orten doch zu Ohren kam, hat die Zentrale nachträglich